Jörg Gleisenstein
Stadtverordneter
Bündnis 90/Die Grünen

sowie die Fraktion Die Linke

Frankfurt (Oder), den 26.11.2009

Antrag:

Frankfurt (Oder) unterstützt die Erklärung des Konvents der Bürgermeister zum Klimaschutz aus Anlass der UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt (Oder) erkennt an, dass die Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Aufgabe der Städte ist. Sie verpflichtet sich, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, den Klimawandel abzumildern und seine Folgen beherrschbar zu machen.
2. Die Stadt Frankfurt (Oder) unterstützt die Verpflichtungen und Ziele der Städte des Covenant of Mayors (Konvent der BürgermeisterInnen) und übernimmt die dort formulierten Ziele als Grundlage für ihr Handeln (siehe Anlage).
3. Die Stadt Frankfurt (Oder) ruft die COP 15 (UN-Klimakonferenz 2009), nationale Regierungen und internationale Körperschaften auf, Regeln zu übernehmen, die die Erreichung des Zwei-Grad-Zieles ermöglichen.

Begründung

Das wesentliche Ziel, um den Klimawandel beherrschen zu können, so sagen es die Klimawissenschaftler, ist es, den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg bis 2050 auf 2 Grad zu begrenzen. Dieses Ziel ist sehr anspruchsvoll und verlangt von der Weltgemeinschaft eine große Kraftanstrengung, die nicht weiter hinausgeschoben werden kann. Insbesondere die Städte in den entwickelten Ländern sind hier gefordert, da hier die meisten Emissionen der sog. Treibhausgase entstehen.

Das Kyoto-Protokoll von 1997 war der erste wichtige Schritt den jährlichen Treibhausgas-Ausstoß in den Industrieländern zu senken. Im Jahr 2012 wird das Abkommen auslaufen, obwohl nur die wenigsten Länder ihre Reduktionsziele bisher erreicht haben. In diesem Jahr wird vom 7. Bis 18. Dezember auf der Welt-Klimakonferenz in Kopenhagen über die Fortsetzung des Abkommens verhandelt.

Deshalb ist es dringlich, überall in den Städten diese Herausforderung anzunehmen und Wege aus dem fossilen Zeitalter entschlossen zu beschreiten und die Weichen richtig zu stellen. Dieser Herausforderung muss sich auch Frankfurt (Oder) stellen. Gemeinsam mit anderen Städten sollten wir unseren Einfluss und unsere Möglichkeiten nutzen, rechtzeitig aktiv zu werden und auf diesem langen Weg voran zu gehen.

In der Erklärung des Konvents der Bürgermeister heißt es zur Begründung:

„7 Fakten über Städte angesichts des Klimawandels

1. Die Städte der Welt sind Hauptakteure und Hauptbetroffene des Klimawandel. In den Städten fallen 75% der weltweiten Treibhausgasemissionen an. Deswegen spielen sie bei der Erreichung des weltweiten Reduktionsziels von 50% bis 2050 eine Schlüsselrolle.
2. Die Emissionsminderung ist vor allem eine Sache der Städte Die Pro-Kopf-Emissionen können in Städten besonders niedrig sein. Urbanes Leben mit kürzeren Verkehrswegen, dichterem Bebauung und Synergien bei der Energieversorgung müssen so gestaltet werden, dass die Reduktionsziele erreicht werden.
3. Die Städte der Welt haben unterschiedliche Ausgangsbedingungen. Deswegen müssen sie einander unterstützen. Der Kampf gegen Armut und für eine CO2 arme Zukunft gehören zusammen. Städte der Entwicklungsländer müssen durch internationale Regelungen unterstützt werden, ihren Beitrag zum Klimaschutz beizutragen und die Klimafolgen zu bewältigen.
4. Die Städte in den Industrieländern müssen den Treibhausgasausstoß um 80% reduzieren. In den Städten der Entwicklungsländer wachsen Bevölkerung und Wirtschaft. Daher können sie ihre Treibhausgasemissionen nur längerfristig senken. Deshalb müssen die Städte der Industrieländer ihren Treibhausgasausstoß bis 2050 um mindestens 80% verringern, damit das weltweite Ziel von 50% erreicht wird.
5. Die Städte brauchen nationale und internationale Unterstützung. Die Städte wollen mit Strom aus erneuerbaren Energien, mit energieeffizienten Motoren und Geräten und durch einen drastisch reduzierten Energieverbrauch den CO2-Ausstoß begrenzen. Dafür brauchen sie wirksame internationale Abkommen und eine entsprechende nationale Gesetzgebung.
6. Die Städte sind besonders bedroht. Fast alle Städte liegen an Flüssen, Meeren oder in Talsenken und sind deswegen durch Fluten und steigende Meeresspiegel besonders gefährdet. Hinzu kommt die Bedrohung durch Stürme, Hitzeperioden und Trinkwassermangel. Das Klimafolgenmanagement bedarf internationaler und nationaler Regelungen. Die hohe Bevölkerungsdichte und die Ballung von Infrastruktur und ökonomischer Kraft bedeuten ein besonders hohes Verlustpotential für die Städte.
7. Die Städte brauchen mehr Mitspracherecht. Trotz ihrer Schlüsselrolle im Klimaschutz sind die Städte der Welt bisher nicht ausreichend in die politischen Entscheidungen einbezogen. Ihre Erfahrung sollte genutzt werden, um wirksame Regelungen zu treffen.

Weitere ähnliche Resolutionen hierzu finden sich auch auf folgenden Seiten:

BRÜHLER ERKLÄRUNG aus Anlass der Deutsch-Polnischen Kommunalkonferenz 2008

<http://www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster48.html>

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/pressediens/artikel/2008/06/19/00552/index.html>

Klimaschutz in den Städten - Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 22.4.2008:

http://www.staedtetag.de/10/pressecke/dst_beschluesse/artikel/2008/04/22/00223/